

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

22.4.1866 (No. 95)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 22. April.

N. 95.

Vorauszahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Telegramme.

† **Frankfurt**, 21. Apr. In der heutigen Bundestags-Sitzung wurde mit großer Majorität die Niederlegung eines besondern Ausschusses beschlossen und auf Antrag Bayerns die Mitgliederzahl desselben auf 9 bestimmt. Wahl in der nächsten Sitzung. Oesterreich gab sehr friedliche Erklärungen ab.

**Dresden**, 20. Apr. (W. L. B.) Das „Dresdner Journ.“ demotivirt die Nachricht, daß das Wiener Kabinet ein von Bayern und Sachsen vereinbartes Bundesreform-Programm genehmigt habe, und erklärt, daß dem Wiener Kabinet keine Vorlagen von Sachsen und Bayern zugegangen seien.

**Berlin**, 21. Apr. Die österreichische Antwort vom 18. schlägt vor, daß Oesterreich am 25. die Truppen-Dislokationen rückgängig machen werde, wenn Preußen gleichzeitig oder am folgenden Tage bei den betreffenden Armee-Abtheilungen den regelmäßigen Friedensstand wieder herstellen wolle.

† **Paris**, 21. Apr. Das „Memor. diplom.“ hat von Wien, 20. d., folgendes Telegramm erhalten: „Die preussische Antwort auf die letzte österreichische Note ist hier am 17. d. mitgetheilt worden. In dem der Kaiser die gereizte Diskussion beendigen und die Zweifel an seinen friedlichen Absichten und seinen versöhnlichen Dispositionen zerstreuen wollte, hat er dem Grafen Mensdorff befohlen, dem Berliner Kabinet folgenden Vorschlag zu machen: Beide Mächte stellen — jede an ihrem Theil — den militärischen Status, wie er vor den Defensivmaßregeln war, wieder her. Oesterreich besignirt dazu den 25. April als gegenseitigen Entwaffnungstag, und ist sogar damit einverstanden, daß es seinerseits am 25. an die Ausführung gehe, während Preußen dies am 26. thue. Dieser Vorschlag ist nach Berlin abgegangen. Es scheint unmöglich, daß er preussischerseits nicht angenommen werde. Er würde vertraulich auf telegraphischem Wege den Höfen von Paris und London mitgetheilt, welche beide zustimmen.“

**London**, 20. Apr. (W. L. B.) Auf eine Interpellation Sandhorts antwortete Layard: Die Pariser Fürstenthümerkonferenz dauere fort, die Verhandlungen seien unmittelbar. Griffith fragte: Wird England der Wahl des Prinzen von Hohenzollern opponiren? Layard vermeidet eine bestimmte Antwort und sagt: Der Vertrag fordere die Erwählung eines Eingebornen; England könne in dieser Sache nur gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern der Konferenz entscheiden.

## Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 21. Apr. 9. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchl. Präsidenten Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Auf der Regierungsbank: Staatsminister Dr. Stabel und die Staatsräthe Dr. Lamey und Mathy, sowie Ministerialrath Wuth.

Das durchl. Präsidium eröffnet die Sitzung. Prälat Holymann: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herr! Sie Alle werden die Kunde vernommen haben von

## # Die musikalische Osterwoche in Karlsruhe.

(Schluß aus Nr. 94.)

Wenn wir unter solchen Verhältnissen ausgesprochen, daß die Karlsruher Aufführung nicht nur eine würdige, sondern sogar sehr gelungene war, so ist damit schon sehr viel gesagt. Hr. Kapellmeister Kalliwoda hat nicht nur das Verdienst, zu dieser (mit einheimischen Kräften überhaupt ersten diesigen) Aufführung die Initiative ergriffen zu haben, sondern das nicht minder große, seiner Aufgabe auch in jeder Beziehung mächtig gewesen zu sein. Er verband mit Einsicht und Klarheit in der Auffassung zugleich die erforderliche Energie zur Durchführung seiner Intentionen, und wurde hierin von einem durch Dilettanten wirksam verstärkten Orchester, von dem aus dem philharmonischen Vereine und Theaterchor kombinierten Chor, sowie von unsern Hof-Opernsängern und Sängern Frau Braunhofer, Frau Hauser, Hr. Hauser, Stolzenberg und Brulliot aufs wirksamste unterstützt. Somit gestaltete sich diese Aufführung zu einer wahrhaft festlichen, wie denn überhaupt die diesjährige Osterwoche für uns zu einer musikalischen Festwoche wurde.

Ueber die übrigen Werke, welche das Programm des Palmsonntags-Konzertes bildeten, müssen wir uns kurz fassen. Jeder Komponist, der neben der Neuentdeckung, hat begreiflicher Weise einen schweren Stand; deshalb ist die taktvolle Zusammenstellung jenes Programms nur um so mehr anzuerkennen, welcher der leitende Gedanke zu Grunde lag. Werke von Meistern der Nachbeethoven'schen Periode, deren Grundstimmung zugleich eine sehr verschiedene war, vorausgehen zu lassen.

Wie hörten eine trefflich gearbeitete Ouvertüre von Raff über: „Ein feste Burg ist unser Gott“ — ein Werk, dem offenbar auch ein Programm zu Grunde liegt und welches sicher noch entschiedener gewirkt haben würde, wenn der Komponist durch seine gewählte Ueberschrift nicht den Ideenkreis der Hölzer eigentlich mehr eingengt hätte, als die Ouvertüre zu ihrem richtigen Verständnis erfordert. Denn dieselbe, ursprünglich zu einem Drama „Bernhard von Weis-

einem Vorgang, durch welchen das Leben Sr. Maj. des Kaisers von Rußland bedroht war, eines Monarchen, welcher ganz besonders erfüllt ist von dem Streben, die freie Entwicklung seines Volkes zu fördern. Die göttliche Vorsehung hat über dem erhabenen Fürsten gewacht und zugleich das gefährdete Leben einer Prinzessin unseres großh. Hauses, der Gemahlin unseres durchl. Präsidenten, gnädig beschützt, von deren freundlicher Huld und Gnade wir schon so mancher Beweise erhalten haben. Die Nachricht von dieser Rettung hat gewiß Aller Herzen freudig bewegt, und ich erlaube mir, Ihre innige Theilnahme und Ihren Dank der gütigen Vorsehung durch Erheben von den Sitzen kund zu geben.

Das ganze hohe Haus erhebt sich. Das durchl. Präsidium spricht seinen tiefgefühltesten und wärmsten Dank für die Theilnahme des hohen Hauses aus, mit der Versicherung, daß diese Besinnungen das theuerste Kleinod seiner Erinnerungen wie seiner Zukunft sei.

Gh. Rath v. Wohl ist durch Berufsgeschäfte gebindert, heute zu erscheinen. Das Sekretariat theilt die eingegangenen Petitionen mit, die theils Eisenbahn-Bau, theils die obligatorische Zivilehe betreffen; in letzterem Betreff werden ebenso Eingaben von den Fhrn. v. Andlaw und v. Stozingen angezeigt. Abg. Dennig zeigt einen druckfertigen Budgetbericht an; Abg. Artaria entschuldigt den Grafen v. Berlichingen wegen Unwohlseins.

Der Tagesordnung gemäß folgt die Begründung der Motion des Fhrn. v. Andlaw, eine Beschwerde gegen den Präsidenten des großh. Ministeriums des Innern wegen Amtsmißbrauchs und Verfassungsverstoßes.

Der Motionssteller glaubt seinen Antrag mit einem umfangreichen Aktenstück belegen zu müssen, und nach Verlesung von 356 angeblichen Fällen des Amtsmißbrauchs denselben begründet zu haben. Der Schlußantrag geht dahin, die hohe Kammer wolle in Erwägung aller dieser Fälle durch eine Adresse an Sr. Königl. Hoheit den Großherzog ihre Beschwerde über Staatsrath Dr. Lamey ausprechen.

Abg. Jaller gibt der allgemeinen Stimmung des Landes Ausdruck in ihrem vollen Vertrauen in die jetzige Regierung.

Staatsrath Dr. Lamey verteidigt sich gegen die ihm untergeschobenen 356 Fälle des Amtsmißbrauchs, und weist nach, daß überhaupt nur 14 Straffälle an das Ministerium gelangt sind, welche nach Zug und Recht und sogar noch mit Milde entschieden seien; jetzt auch starke Zweifel in die Unbefangenheit des Antragstellers.

Fhr. v. Andlaw bemüht sich, seine Rechtsanschauung in Beurtheilung der betr. Fälle als die richtige hinzustellen.

Ministerialrath Dr. Jolly konstatiert unter Zerlegung der Anklage in ihre Theile, daß Beweise gar nicht erbracht seien, und staunt über den Muth, bei den gegebenen badischen Verhältnissen einen solchen Antrag stellen zu können.

In gleicher Weise spricht sich Ministerialrath Schmitz aus.

Fhr. v. Stozingen bittet dringend um Verweisung der Beschwerde in eine Kommission.

Fürst zu Löwenstein lebt immer noch im Glauben, dem Gebote seines Gottes sei mehr zu folgen, als dem der Menschen.

Staatsminister Dr. Stabel bedauert, daß die Beschwerde nicht auf alle Mitglieder des Staatsministeriums ausgebeht

worden sei, und erklärt die Entscheidung der Fälle als im Recht begründet.

Gh. Rath Bluntschli hält die Anklage für einen Humbug, denn es fehle derselben jede Aussicht auf Erfolg und sei keine politische Nothwendigkeit.

Gegen Annahme des Antrags spricht noch Abg. Artaria; dafür spricht Fhr. v. Göler.

Der Antrag des Fhrn. v. Stozingen, welcher die Inbetrachtung der Beschwerde verlangt, wird schließlich mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Schluß 3 1/2 Uhr.

**K. Karlsruhe**, 21. Apr. In Ihrem gestrigen Landtags-Bericht über das Budget des Kriegsministeriums ist ein thatsächlicher Irrthum enthalten, der einer Berichtigung bedarf. Der Bericht sagt: Die Budgetkommission habe den Antrag gestellt, den Wunsch zu Protokoll zu erklären: Großh. Regierung möge mit ihrem ganzen Einfluß dahin wirken, daß die Dienstzeit der Infanterie von zwei Jahren auf 1 1/2 Jahre zc. herabgesetzt werde. Nach den Entgegnungen der Regierung habe Abg. Kirchner darauf angetragen, daß dieser Wunsch der Kommission nicht zu Protokoll genommen werde, welcher Antrag dann von der Kammer angenommen worden sei. — Es ist unrichtig, daß die Kommission dies mal den fraglichen Wunsch beantragte; der Bericht erzählt nur, daß er auf dem letzten Landtag beantragt worden sei. Der Abg. Kirchner setzte dann mit der Erklärung, daß die ganze Kommission diesen Wunsch noch lebhaft theile, aus, warum sie diesmal den genannten Antrag nicht wiederhole, nämlich, weil es der Würde des Hauses nicht angemessen sei, Wünsche, deren Erfüllung zur Zeit der Regierung unmöglich sei, zu Protokoll zu geben, und durch solche sogenannten frommen Wünsche dem Gewicht ihrer übrigen erreichbaren Wünsche Abtrag zu thun. Der Berichterstatter Moll bestätigte diese Begründung und kein einziges Mitglied der Kammer beantragte dann die Wiederholung des Wunsches, der somit auch gar nicht zur Abstimmung kam.

† **Karlsruhe**, 21. Apr. 28. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 23. April, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des von dem Abg. Lenz erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Budget des großh. Finanzministeriums Abtheilung V, Zollverwaltung, für die Jahre 1866 und 1867.

## Deutschland.

**München**, 19. Apr. (Bayer. Z.) Nach einer hieher gelangten Mittheilung ist es fortan nicht mehr erforderlich, daß die Boden- und Gewerbezweignisse des Zollvereins bei ihrer Einfuhr in Italien mit Ursprungszeugnissen begleitet sind, um die im Handelsvertrage vom 31. Dezbr. v. J. vereinbarten Begünstigungen zu genießen.

**München**, 20. Apr. Wie jüngsthin die Nachricht von einem bereits erzielten Einverständnis zwischen Preußen und Bayern in der Bundesreform-Frage, so wird heute in der „Bayer. Ztg.“ unter offiziellem Zeichen auch die Zeitungsnachricht: es wäre bereits zwischen der bayrischen und der sächsischen Regierung ein Programm bezüglich des preussischen Bundesvertrags vereinbart worden, welches in Wien bekannt und gebilligt worden sei, als eine grundlose bezeichnet und beigefügt: „Die bayrische Regierung hat sich nach keiner Seite

Dr. Brudner ist einer der besten Schüler Liszt's; er verbindet eine buchstäblich vollendete Technik mit maßvoller Würde des Vortrags und durchsichtiger Klarheit der Auffassung. Das A-moll-Konzert ist, trotz seiner großen Schwierigkeiten, keineswegs ein sogenanntes dankbares Virtuosenstück; es ist, im Sinne der Beethoven'schen Konzerte, mehr symphonisch gehalten, und bei dem instrumentalen Dialog spielt das Orchester eine sehr wesentliche Rolle. Das Ensemble war vorzüglich; daß der Konzertspieler stürmisch gerufen wurde, ist fast selbstverständlich. Die Klavierpieler sind noch rar, welche das Schumann'sche Konzert öffentlich gespielt haben; der glänzende Erfolg, den Hr. Brudner damit errang, dürfte vielleicht manchem seiner süddeutschen Kollegen Muth machen, anstatt des Weber'schen Konzerts oder Mendelssohn'schen 6-moll-Konzerts endlich auch einmal das Schumann'sche A-moll zu riskiren. Es würde seinem Geschmack und seinem Ruhm sicher keinen Schaden bringen!

Das folgende Duett aus „Benedict und Beatrice“ von Verlioz ist ein reizendes Stück voll Poesie und instrumentalem Farbenzauber, ein echtes Nocturno von durchaus origineller Conception, dessen Wirkung im Konzert schon bedeutend, auf dem Theater aber, wo die Situation erläuternd hinzutritt, noch größer ist. Da indessen die deutschen Bühnen mit einer Konsequenz, die bei andern modernen Opern oft weit mehr am Plage wäre, sich den Verlioz'schen Werken verschließen, und die deutschen Konzertsäle sich beizien, in diesem fast unbegreiflichen Ignoriren des weitaus größten lebenden Komponisten Frankreichs, den Theater in keiner Weise nachzusehen, muß man nur um so dankbarer dafür sein, wenn ein deutscher Dirigent es als Ehrensache betrachtet, gelegentlich auch diesem genialen Romantiker (den man, nicht mit Unrecht, den „französischen Beethoven“ genannt hat) einen Platz in einem so gewählten Programm anzuweisen. Die Damen Braunhofer und Hauser sangen das Duett sehr schön und wurden gebührendem Maße genossen. Würde das Beispiel nur auch anderwärts Nachahmung finden!

Den Schluß des ersten Theils bildete das geistvolle und noble Klavierkonzert in A-moll von Schumann, das der k. württemb. Hofpianist Professor Brudner aus Stuttgart ganz vortrefflich spielte.

**Münster**, 18. Apr. Heute Vormittag 11 Uhr benedete der hier beim Generalstab stationirte Hauptmann v. Jena die von ihm eingegangene Wette in 18 auf einander folgenden Tagen mit einer beliebigen Anzahl von Pferden 288 Postmeilen (eine Strecke von hier bis Petersburg) abzurufen. Das Objekt der Wette beträgt dem Berechnen nach etwa 300 Friedrichsd'or. Es wurde die Straße von hier bis Telgte als Terrain festgelegt, und begann Hr. Hauptmann v. Jena am Dienstag den 3. Apr. seinen Wettritt, der also am Freitag den 20. d. M. hätte beendet sein müssen. Da es nicht unbekannt geblieben war, daß die Wette schon am heutigen Tag beendet würde, hatte sich eine große Menge Publikum am Ort des Ziels versammelt; mehrere Offiziere hielten den Sieger zu Pferd ein und wurde derselbe bei Ankunft mit Jubel empfangen.

**Athen**, 4. Apr. Bei Santorin hat ein neuer vulkanischer Ausbruch stattgefunden, nach welchem eine neue Inselinsel zum Vorschein kam.

hin über ihre Ansichten bezüglich der an der Bundesverfassung vorzunehmenden Aenderungen geäußert, und behält sich ihre Entschlüsse hierüber bis zu demjenigen Zeitpunkt vor, wo sie von dem materiellen Inhalt der preussischen Vorschläge Kenntniß erlangt haben wird."

**Augsburg, 19. Apr.** Bayerischen Blättern zufolge wird dieser Tage hier eine Konferenz mittelstaatlicher Minister stattfinden.

**Darmstadt, 17. Apr. (Sch. M.)** Es sind besonders drei beachtenswerthe Punkte, wodurch die Konvention zwischen dem Großherzog von Hessen und dem verstorbenen Landgrafen von Hessen-Homburg von den Familienverträgen und dem sonst in Deutschland vorgekommenen Modus beim Aussterben abgetheilter Linien und Anfall ihrer Besitzungen an das Stammland abweicht. Es ist dies zuerst die finanzielle Seite, wonach Hessen-Homburg, welches 1868 schuldenfrei sein wird, während 25 Jahren an der Verzinsung und Tilgung der Schulden des Großherzogs keinen Theil nimmt; es ist sodann der Fortbestand des ganzen Apparats der Regierung eines souveränen Staates, welcher in engerem Verbande mit dem Großherzogthum nur zwei der kleinsten Kreise desselben bilden würde, und es ist endlich die Nichtanwendbarkeit der großen, heftigen Gesetze gegen das Hazardspiel.

**Wiesbaden, 20. Apr. (Frf. Bl.)** Die Ständeversammlung hielt gestern ihre erste öffentliche Sitzung in Budgetangelegenheiten. Bei dieser Gelegenheit wurden u. A. folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Die herzogliche Regierung zu ersuchen, für Aufhebung der Spielbanken, sowie der Zahlen- und Klassenlotterien innerhalb des Bundesgebietes zu wirken, und in Betreff der Spiele die Spielzeit nicht zu verlängern und die Verkäufe nicht zu erneuern; 2) die im Herzogthum Nassau bestehenden Spielprivilegien, als mit dem Staatsrecht unvereinbar, aufzuheben und die Ansprüche der bis jetzt privilegierten auf den Rechtsweg zu verweisen.

**Hannover, 19. Apr. (Fr. J.)** In der Zweiten Kammer ward heute der Graf Bennigsen, ein naher Verwandter des bekannten Chefs des Nationalvereins, N. v. Bennigsen, zum Präsidenten erwählt. In zweiter Linie fielen die meisten Stimmen auf N. v. Bennigsen und Dr. Cluffen. Die drei Gewählten sind dem König zu präsentieren, der in der Regel den in erster Linie gewählten als Präsidenten bestatigt. Die Erste Kammer betraute den Tribunals-Vizepräsidenten v. Schlepegrell mit dem Präsidentenamte. In beiden Häusern ward ein großer Theil der Vorlagen an noch zu wählende Kommissionen verwiesen. — Die heutige Gesetzesammlung bringt einen k. Erlaß wegen Errichtung eines Landeskonfistoriums. Dasselbe wird seinen Sitz in Hannover haben, und aus ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern bestehen. Dieser obersten Behörde der evangelisch-lutherischen Landeskirche werden die Provinzialkonfistorien untergeordnet. Zum Präsidenten derselben ist der frühere Kultusminister Lichtenberg ernannt. Daß unter den Mitgliedern sich die Säulen der Orthodoxie befinden, versteht sich wohl von selbst. — Für die nächste ständische Diät hat die Regierung ein neues Kriminalgesetzbuch in Aussicht gestellt.

**Aus Schleswig-Holstein, 17. Apr.** Nach den „Alton. Nachr.“ dauern die Zuzüge von Armierungsgegenständen, Munitionsvorräthen, Artilleriemannschaften und Militär- und Zivilarbeitern nach Düppel und Alsen ununterbrochen fort. Auf den Düppeler Höhen soll schnelligst eine Baracke behufs Unterbringung von 800 Erdarbeitern aufgeführt werden, und die ebenfalls angeordnete Errichtung einer festen Marketenerei läßt auf eine ernstliche und großartige Fortsetzung der preussischen Schanzarbeiten schließen. — An der Eidermündung (bei Tönning) und vor den schleswigischen Nordsee-Inseln (unter der Insel Sylt) werden je 2 preussische Dampf-Kanonensboote stationirt werden.

**Berlin, 20. Apr.** In den beiden letzten Nummern der „Kreuz-Ztg.“ läßt sich „ein preussischer Konservativer“ über die Lage, insbesondere über den preussischen Reformantrag vernehmen. Er versucht es, die bekannnte politische Denkart der sog. Kreuz-Zeitungs-Partei mit den neuesten Schritten und Entschlüssen der Regierung zu versöhnen. Zunächst hebt der Verfasser hervor, daß die jetzige preussische Regierung unumgänglich dem Prinzip der Volkssouveränität die Hand bieten könne; sie würde dadurch den Boden unter ihren eigenen Füßen wegziehen. Es sei jedoch nicht zu übersehen, daß das Bundesrecht die Fürstensouveränität voranstelle, und diese sei auch in der preussischen Verfassung der maßgebende Faktor. Der preussische Reformantrag enthalte keine Erklärung, welche diesem obersten Prinzip widerspreche, zumal er materielle Vorschläge noch gar nicht enthalte. Es heißt dann weiter:

Was hierin, sowie in der ausführlichen, dem Antrag vorausgeschickten Motivirung Bedenken und Besorgnisse wegen Abweichung von dem bestehenden Souveränitätsprinzip erregt, zumal da in den Motiven, während sie vorwiegend die unpräjudizirliche, korrekte Bezeichnung „einer durch Bundesbeschluß zu berufenden Versammlung von gewählten Vertretern“ gebrauchen, doch gegen den Schluß zweimal der Ausdruck „Parlament“ vorkommt, — das ist: daß erklärt wird, die Versammlung solle aus „direkten Wahlen“ und „allem einem Stimmrecht“ der ganzen Nation hervorgehen.

Indessen, was die direkte Wahl anbetrifft, so ist zunächst zu bemerken, daß die preussische Regierung wenigstens nicht gemeint ist, hiemit den demokratischen Ideen eine Konzession zu machen, im Gegentheil, wie sie in den Motiven es selbst betont, diese Form der Wahl Bewegung vorschlägt, weil sie dieselbe für das konservative Prinzip förderlicher trachtet, als irgend einen andern, auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus. Es fragt sich also, ob die preussische Regierung hierin etwa irrt. Nun denn, wenn wir nach den Erfolgen und der Wirkung des in Preußen seit 1849 in Übung stehenden Wahlmodus zum Abgeordnetenhaus mit gebrochenen (indirekten) Wahlen — d. h. daß die stimmberechtigten Staatsbürger in ihrem Urwahlbezirk erst Wahlmänner, und diese Wahlmänner dann die Abgeordneten des Landtags wählen, — zu urtheilen haben, so werden wir uns des Eingefährnisses nicht erwehren können, daß es dieser Wahlmodus, und gerade dieser gebro-

chene Wahlmodus ist, der, in Verbindung mit der demokratischen Agitation und Einwirkung der Presse, dem Abgeordnetenhaus, seit den letzten 8 Jahren wenigstens, eine immer zahlreicher und intensiver ausbreitende, alle andern politischen Parteien zurückdrängende Majorität der demokratischen Partei zugeführt hat. So daß von einer Mäßigkeit der gebrochenen (indirekten) Wahl für das konservative Prinzip bei uns längst nicht mehr die Rede ist.

In den andern Bundesstaaten wird man dieselbe oder ähnliche Erfahrungen sattsam gemacht haben. Dieser indirekte Wahlmodus ist gerade das wirksamste Mittel geworden, revolutionärer Tendenz Thor und Thür zu öffnen, und einer Minorität energischer Demokraten zur Herrschaft über die Wahlen zu verhelfen, dergestalt, daß die große Mehrzahl der Wähler von ihnen terrorisirt wird, oder gänzlich von den Wahlen wegstößt. Nach diesen Erfahrungen ist denn auch 100 gegen 1 zu wette, daß, falls man etwa versuchen wollte, die Versammlung der Vertreter der einzelnen Bundesländer aus den bestehenden Landesrepräsentationen durch Deputationen zusammenzusetzen, das Berliner Abgeordnetenhaus sicherlich eine Elite aus seinen fortschrittlichen Fraktionen nach Frankfurt liefern würde, welcher schwerlich irgend eine andere Deputation Zweiter Kammer aus Nord- oder Süddeutschland an Zahl und Energie den Rang ablaufen dürfte. Es mag daher den Regierungen gewiß nicht verbaßt werden, wenn sie es einmal mit direkten Wahlen versuchen wollen.

Was ferner das zu verleiende „allem eine Stimmrecht“ der ganzen Nation“ betrifft, so liegt auf der Hand, wie auch die Motive und frühere Erörterungen ergeben haben, daß, bei der großen Verschiedenheit der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Grundzüge und Einrichtungen über die politische Stimmberechtigung und das Wahlverfahren, über Zusammensetzung und Zahlungsverhältnis der Mitglieder Erster und Zweiter Kammer, auch mit Rücksicht auf das Bevölkerungsverhältnis der Einzelstaaten, — es ganz unausführbar sein würde, sei es durch Urwahlen nach den verschiedenen Wahlgesetzen der Bundesländer, sei es mittelst Delegation der verschiedenen Landtags-Versammlungen, eine einigermaßen gleichartige Repräsentation am Bunde zu Stande zu bringen. Die Verleihung des Stimmrechts zur Theilnahme an der Wahl der Abgeordneten jedes deutschen Landes am Bunde kann daher nicht wohl anders geschehen, als nach solchen Bedingungen, die bei allen dispositionsfähigen Einwohnern in sämtlichen Bundesstaaten zureichen, und nur die wesentlichen Voraussetzungen staatsbürgerlicher Befähigung erfüllen. Wenn aber, und je mäßiger diese Bedingungen des allgemeinen Stimmrechts (des aktiven Wahlrechts) für den Zweck der Bundesvertretung dürfen gestellt werden müssen, — um so sicherer darf erwartet werden, daß für die Wählbarkeit (das passive Wahlrecht) die Qualifikation zum Abgeordneten am Bunde von solchen Bedingungen wird abhängig gemacht werden, welche die hohe politische Aufgabe dieses Berufs notwendig erfordert. Je weniger beschränkt das aktive Wahlrecht wird, um so enger werden die Grenzen der Kapazitäten, aus denen gewählt werden darf, gezogen werden müssen. . . . Es ist Pflicht der konservativen Partei, die Regierung in ihrem patriotischen Gang zu unterstützen und ihr in den bevorstehenden Kämpfen für das Recht, die Interessen und die Ehre Preußens mit unerschütterlicher Treue und verdoppeltem Eifer den energischsten und thätigsten Beistand zu leisten. Die Zeit des Zuwartens und Gehenslassens scheint zu Ende zu sein; es ruhen die Tage, wo Thaten geschehen müssen, wo Niemand seinem eigenen Vaterland zuwiderst und demnach dem weitem deutschen Vaterland die Dienste, die er zu leisten vermag, entziehen darf. Ja, an uns Preußen ergeht diese Mahnung um so ernstlicher und dringender, wenn wir sehen müssen, mit welcher gesteigerten Haß und wüthendem Eifer unsere Regierung nicht nur in dem mitverbrühderten deutschen Ausland rings um uns her verächtlich, geschmäht, verhöhnt und verfolgt wird, sondern (wer sollte es für möglich halten!) auch in unserm eigenen Vaterland wird die Regierung von ehrsüchtigen Agitatoren und verblendeten Parteiverfassungen, ihrer auswärtigen Politik halber, auf das unerhörteste angegriffen und den Fremden gegenüber bloßgestellt!

Solche Stimmen, wie sie seit kurzem aus politischer Parteileidenschaft gegen unsere Regierung in Versammlungen und Tagesblättern sich haben vernehmen lassen, sind unwürdig der Nachkommen der Preußen, die bei Hofenriedberg, Prag und Leuthen, bei Kollin und Hochkirch den Fahnen Friedrichs folgten. Sie wissen nichts mehr von den Vertheidigern des preussischen Vaterlandes, die bei Lützen und Wauken, bei Dennewitz, an der Kaspach, bei Kulm und Leipzig heldenmüthig kämpften und starben; sie kennen nicht mehr den Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland!“

**Berlin, 20. Apr.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sucht heute in längerer Ausführung die vielgehörte Ansicht, der preussische Bundesreform-Antrag sei nur ein „Schachzug“ zu widerlegen und sagt schließlich:

Wenn der Antrag auch in konservativen Kreisen Befremden erregt hat, so liegt der Grund wohl nur darin, daß der Inhalt des Antrags den gewohnten Gedankengang der konservativen Partei in einem und dem andern Punkte durchbricht. Daß er darum nicht dennoch in seinen Wirkungen konservativ sein könne, wer könnte das von vorn herein behaupten? Man wird Sir Robert Peel den Charakter eines konservativen Staatsmannes nicht absprechen wollen, und doch sind alle die großen Maßregeln, welche er eingeführt hat, die Konfiskation der katholischen Emancipationsbill, die Aufhebung der Kornzölle, von den Liberalen angeregt und von ihm im konservativen Interesse durchgeführt worden.

Die von der preussischen Regierung in Antrag gebrachte Bundesreform dürfte bei näherer Untersuchung der Sache weit weniger aus der Bahn der konservativen Entwicklung ausbiegen, als die genannten Maßnahmen Sir Robert Peel's. Unter allen Umständen aber ist er, worauf es vor allen Dingen ankommt, nicht eine künstliche Kombination von vorübergehender Bedeutung, sondern der adäquate Ausdruck, der in den Verhältnissen selbst liegenden Forderungen, die man vielleicht hier und da motiviren mag, die man aber nicht mehr umgehen kann. Wir wollen versuchen, dies in einigen nachfolgenden Artikeln nachzuweisen.

Ferner schreibt das genannte Blatt:

Die Versuche, welche zu verschiedenen Zeiten gemacht worden sind, die Organisation des Deutschen Bundes zeitgemäß zu reformiren, haben eine hinreichende Masse von Material geliefert, sich aber, wie leider bekannt, auch nur darauf beschränkt. Soll daher der preussische Antrag irgend einen Erfolg haben, so muß er praktisch zu Werk gehen; man muß zunächst damit beginnen, den Termin zur Einberufung des Parlaments festzusetzen. Es ist dies der

erste, feste Schritt auf dem vorgezeichneten Weg, und mit demselben wird die Nation Vertrauen fassen, sie wird sich davon überzeugen, wie ernst die Regierungen an das Werk gehen. Jeder Antrag, der den Termin zur Einberufung der Vertreter der deutschen Nation von gewissen Vorbedingungen abhängig macht, muß daher als der Bundesreform feindlich angesehen werden.

Die Kabinete werden sich dieser Ansicht kaum verschließen können; keines von ihnen wird sich in die Lage bringen wollen, die so schwere Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, das so allseitig als unabwiesbar anerkannte Werk zu hindern. Was die gegenseitigen Agitationen der preussischen Fortschrittspartei anbetrifft, so sind uns dieselben eher willkommen als unangenehm. Sie werden das Volk von dem Terrorismus einzelner Persönlichkeiten erlösen, die dasselbe bisher zu dulden indolent genug war. In dem Augenblick, in welchem die Wahl beginnt, werden diese Leute zu den Antiquitäten gelegt werden, wenn sie sich nicht in die lächerliche Lage bringen wollen, hinterher als Kandidaten für ein Parlament aufzutreten, welches sie vor einigen Wochen „verflucht“ haben.

Prinz Karl von Hohenzollern — schreibt die „Zeitung. Corr.“ — hat die Wahl zum Fürsten von Rumänien bis jetzt nicht abgelehnt. Der Prinz befindet sich in diesem Augenblick in Düsseldorf. Es darf versichert werden, daß sowohl der preussische Hof wie das Kabinett durch das Plebiszit in den Donaufürstenthümern überrascht worden sind.

**Wien, 19. Apr.** Dem Vernehmen nach ist der Gesandte in Berlin bereits angewiesen, die gleichzeitige und noch im Lauf des Monats April auszuführende Abfertigung in Vorschlag zu bringen und dabei die Hoffnung auszusprechen, daß schon in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung die befalls getroffene Vereinbarung der Versammlung zur Kenntnisknahme werde mitgetheilt werden können. (S. Berlin und Paris. Kl.)

An Stelle des Oberstleutnants v. Andlau, des bisherigen Militärattachés der hiesigen französischen Botschaft, ist so eben der Oberst Merlin hier eingetroffen.

#### Donaufürstenthümer.

**Bukarest, 14. Apr.** Die Regierung hat die ehemaligen Minister Gregulesco, Floresco, Savel Manu, Balanesco und Cariagdi in Anklage verlegt. Mißbrauch der Amtsgewalt und ungesetzliches Verfahren in Bezug auf die ihnen anvertrauten Staatsgelder sind die Anklagepunkte, gegen welche sich die Cusa'schen Minister zu verantworten haben werden. Gregulesco hat es vorgezogen, sich dem Nichterspruch durch Flucht in das Ausland zu entziehen. Beinahe mit Bestimmtheit läßt sich voraussagen, daß die Angeklagten verurtheilt werden. Es ist übrigens nicht gegen alle Mitglieder des letzten Ministeriums die Anklage erhoben worden. Der Kriegsminister, Oberst Salomon, der Minister des Innern, Papadopolu Calimachi, und der Finanzminister Dittetelecano befinden sich nicht unter den Angeklagten, wohl aber ihre Vorgänger im Amte, Manu, Balanesco und Floresco.

Der französische Generalkonsul, Hr. Tillos, ist nach Paris berufen worden und der Baron d'Artil hat vorläufig die Leitung des Konsulats übernommen. Die Auberufung des Hrn. Tillos ist allerdings eine Folge davon, daß derselbe sich bei dem Sturz Cusa's und der gefänglichen Einziehung des seitdem wegen Unterschleifen verurtheilten Majors Liebrecht stark kompromittirt hat; indessen ist die Auberufung doch in die möglichst milde Form gekleidet: Drouin de Lhuys wünscht, daß bei Wiedereröffnung der Pariser Konferenz ihm ein Diplomat zur Seite stehe, welcher die Zustände der Donaufürstenthümer so gut und so lange kenne wie Hr. Tillos, um durch denselben sich informieren zu können.

Die Statthalterchaft hat am 11. Apr. eine Bekanntmachung veröffentlicht, der zufolge sie in Erwägung der Berichte und Depeschen ihrer Agenten und Kommissäre in Konstantinopel und Paris und der von denselben mit dem belgischen Minister des Auswärtigen gepflogenen Korrespondenzen, „wodurch bestätigt wird, daß Sr. Maj. der König der Belgier die Annahme des Thrones Rumäniens seitens des Grafen von Flandern abgelehnt hat“; beschloffen hat:

Art. 1. Das rumänische Volk ist berufen, sich mittelst eines Plebiszits auszusprechen, ob es wünscht, daß den erlöschenden Thron der vereinigten rumänischen Fürstenthümer Fürst Karl Ludwig von Hohenzollern unter dem Namen: Karl I. besteige.

Es folgen darauf die Anordnungen in Betreff der Vornahme des Plebiszits; die Stimmlisten sollen am 20. Apr. Abends geschlossen und binnen 24 Stunden an die Distriktspräsidenten eingeschickt werden; die Ergebnisse der Distriktsabstimmungen sollen dann in Bukarest von einer besonderen Kommission zusammengestellt werden. — Untern 14. April hat die Statthalterchaft eine Proklamation an das rumänische Volk gerichtet, welche dasselbe zur Fürstenwahl auffordert; es heißt darin u. A., daß die Statthalterchaft, „geleitet von der Pflicht, die ihr obliegt, den Intrigen und Manipulationen, welche die Unterdrückung der rumänischen Nationalität bezwecken, Einhalt zu thun, und sicher, daß diesmal der Wille der Nation vom vollkommensten Erfolg gekrönt sein werde“, den Prinzen Karl Ludwig von Hohenzollern unter dem Namen „Karl I.“ zum Fürsten Rumäniens vorschläge. — Diese Proklamation wird durch eine Bekanntmachung des Ministeraths vom gleichen Datum erläutert, welche stellenweise von einer fast rührenden Unkenntnis der Geschichte Europa's zeugnis ablegt. Dieses merkwürdige Aftenstück lautet:

Rumänen! Die hohe Statthalterchaft hat Euch durch ihre Proklamation bekannt gegeben, daß jetzt das Wohl und wir können sagen das Sein Rumäniens von Euch allein abhängt.

Es sind zehn Jahre, seit Ihr zu drei verschiedenen Malen und bei den größten und feierlichsten Gelegenheiten erklärt und einstimmig votirt habt, wie Ihr es wißt, daß die politischen Zustände und unsere geographische Lage es gebieterisch verlangen, entweder eine einige und starke Nation zu sein, oder unterzugehen, und daß wir keine Nation sein können, wenn wir auf unserm Thron nicht einen Fürsten haben, der Mitglied einer der herrschenden Familien aus dem Abendland ist. Heute ist Euer Wunsch erfüllt, mehr noch als es der größte Nationalstolz beanspruchen konnte.

Fürst Karl I. ist Mitglied zweier herrschenden Familien, und zwar gehören diese zu den glänzendsten und mächtigsten. Er ist nahe verwandt und zwar in aufsteigender Linie der königl. Familie Preussens, jener Familie, welcher jederzeit in ihrer Mitte Helden erzeugt und die Friedrich den Großen der Welt gegeben hat, der durch seine Kenntnisse und seinen Willen das kleine Herzogthum, das ihm die Nation anvertraut hatte, in eines der mächtigsten Königreiche Europa's umwandelte. Er ist doppelt anverwandt mit Napoleon III., und zwar ist er Mitglied jener Familie Bonaparte, welche durch Gottes Hand gekennzeichnet, und die der erschauerten Welt zwei Napoleone gegeben, welche von der Welt wie Halbgothter verehrt, dieselbe geleitet, wie der Magnet das Eisen, zur Demokratie, zur Achtung der Nationalitäten, zum wahren und unvergänglichen Ruhm. Er ist der Sohn Sr. Königl. Hoheit Karl Anton Joachims, Fürsten von Hohenzollern, des Hauptes der liberalen Partei, nämlich der liberalsten und der gelehrtesten Nation der Welt, der Deutschen, Sohn des einzigen Fürsten der Welt, welcher für die Vereinigung, für die Einigkeit Deutschlands, selbst seinen Thron geopfert hat, und welcher heute geschätzt, verehrt vom glorreichen Deutschland, einer seiner Hauptstützen zur Freiheit und Einigkeit ist.

Karl I. der Rumänen ist selbst einer der gedrehtesten und belibtesten Fürsten Europa's, von den edelsten und freisinnigsten Prinzipien durchdrungen, bescheiden, wie es die Tugend immer ist, und stark wie der Glaube, wenn er eine Pflicht zu erfüllen hat.

Rumänen! Die Hand auf dem Gewissen, in diesem heiligen Augenblick, wo in Wahrheit sich der Himmel für Rumänien öffnet, um seine Unsterblichkeit als Nation zu verzeichnen, Schwören wir vor Euch, vor Gott und Europa, wie wir versichert sind, daß Karl I. der Rumänen die Rumänen leiten wird auf dem Wege der Gerechtigkeit, der Tugend und der Freiheit, und daß es nur mit ihm und durch ihn sein kann und ihre von der Vorsehung gesegnete Mission wird erfüllen können.

Auf also, Rumänen! Die Stunde des Heils hat geschlagen, das Lebensbuch Rumäniens steht vor Euch geöffnet, mit der einen Hand auf Euren blutenden Wunden, die bald in den Brand gerathen wären, und in der andern Hand die Feder des Lebens, geht und schreibt in das Heiligtum Karl I., Fürst der Rumänen. Die Vorsehung scheint uns sogar mit Zeichen erleuchtet zu wollen, indem es sich trifft, daß mit dem 20. April, wo das Plebiszit geschlossen wird, Karl I. sein 27. Jahr vollendet.

Um uns zu ermuntern, hat es die Vorsehung gewollt, daß die Donau, dieser Fluß, dem wir die Protection Europa's verdanken, seinen Anfang, seine Quelle in dem Lande hat, wo Karl I., Fürst Rumäniens, geboren ward. Wählt also Rumänen, mit Eurem alten Glauben, wählt mit Eurer rumänischen Kraft, wählt einstimmig und ohne eine Minute Bedenken, und alle Intriguen sind vernichtet, und mit der Proklamirung Eurer Wahl wird auch das Sein des rumänischen Vaterlandes proklamirt und bekräftigt werden.

Bukarest, 2. April 1866. — Der Präsident des Conseils: J. o h a n n S h i l a. (Folgen die Unterschriften der übrigen Minister.)

**Bukarest, 16. Apr.** Am 14. April fand in Jassy zur Berathung über die Deputirtenwahlen eine Volksversammlung statt, in welcher beschlossen wurde, daß „Deputirte nur mit dem ganz bestimmten Auftrag nach Bukarest geschickt werden sollten: in erster Reihe für die Union unter einem Fürsten lateinischer Abkunft, dann aber, wenn das nicht zu erreichen, für die Kostrennung der Moldau von der Walachei zu stimmen.“ An demselben Tag strömte das Volk massenhaft in das Haus des Bojaren Rosnovano, um den dort ausgelegten Beschluß zu unterschreiben. Auch der als Metropolitan fungirende Großpitar, Bischof Callinik Miklesco, unterzeichnete das Schriftstück, welches, wie es scheint, der Anlaß zu den blutigen Vorfällen am folgenden Tag gewesen ist. Denn als am Sonntag den 15. d., Vormittags, sich ein Zug von Männern aus dem Rosnovano'schen Haus, den Metropolitan an der Spitze, nach dem Regierungsgebäude begeben wollte, vermuthlich um den dort anwesenden Mitgliedern der Statthaltertschaft aus Bukarest, Gulesco und Catargi, den gefassten Beschluß zur Anzeige zu bringen, glaubte die Polizei, eine solche separatistische Demonstration nicht dulden zu dürfen, und jagte die Leute auseinander, die sich dann wieder im Rosnovano'schen Haus sammelten und Widerstand leisteten zu wollen erklärten. Nun wurden Truppen gegen sie kommandirt, und zwar, wie der Telegraph uns gemeldet, ein moldauisches, kein walachisches Regiment. Es fiel ein Schuß aus dem Haus; natürlich feuerte das Militär wieder. Nachdem es 14 Tode und 16 Verwundete gegeben, unter letztern ist auch der Metropolitan, war die Sache zu Ende und der Aufruhr unterdrückt. Rosnovano und der Metropolitan wurden in Haft gebracht; ein Schwager Rosnovano's aber, Namens Murusi, angeblich ein russischer Knäse, der die ganze Bewegung angestiftet haben soll, wurde über die Grenze gejagt und entkam nach Sulani in Bessarabien. Das moldauische Volk hat, nach den Bukarester Regierungspapieren, an dem Aufruhr durchaus keinen Theil genommen, und es sind nur russische Sipowanen und Armenier gewesen, die im Rosnovano'schen Haus sich verschanzt hatten. Von dem russischen Postdirektor Vacesco wird gesagt, daß er sich auch in dem Tumult bemerkbar gemacht und Reden an die Massen gehalten habe. Gestern, am Montag, soll die Ruhe vollkommen wiederhergestellt gewesen sein und die ganze Moldau „einmüthig“ sich für den Prinzen von Hohenzollern erklärt haben.

**Bukarest, 20. Apr. (W. L. B.)** Heute wurde der Prinz von Hohenzollern der Volksabstimmung gemäß zum Fürsten von Rumänien proklamirt. — Der russische Generalconsul hat im Auftrag seiner Regierung gegen die Insinuation Verwahrung eingelegt, daß Rußland an den Aufständen in der Moldau theilhaftig sei. — Der Baron d'Arville ist hier eingetroffen und hat die Geschäfte des französischen Consuls übernommen. — Prinz Brancovo ist hier angekommen.

#### Italien.

**Rom, 19. Apr.** Diesen Morgen hat sich der Papp nach der Villa Malta begeben, um der Königin-Wittve von Sachsen, deren Abreise von Rom nahe bevorstehend ist, einen Besuch zu machen.

#### Frankreich.

**Paris, 19. Apr.** Man telegraphirt der Wiener „Presse“: Die Mächte werden den Donaufürstenthümern die

Wahl eines eingebornen Hospodars provisorisch für eine Zeit von vier oder fünf Jahren vorschlagen. Bis jetzt wurde kein Kandidat in den Vordergrund gestellt. Prinz Karl von Hohenzollern hatte die französische Regierung befragt, ob er die ihm angebotene Krone annehmen solle; die Regierung rieth ihm davon ab und Rußland widerlegte sich noch lebhafter.

**Paris, 20. Apr.** Verhandlungen des Gesetzgeb. Körpers.

In der gestrigen Sitzung wurde Art. 5 des Handelsmarinegesetzes nach langen und heftigen Debatten mit 163 gegen 67 Stimmen angenommen. Die Hauptbedenken, welche gegen denselben vorgebracht wurden, beziehen sich auf die durch Einführung der Bestimmungen des Art. 5 sich ergebende Ermäßigung des ohnehin nach der Ansicht eines großen Theils der Landwirthe allzu mäßigen Eingangszolles auf Getreide. Der Eingangszoll auf das hektoliter Getreide, das in fremden Schiffen eingeführt wird, beträgt 1 Fr., also 50 Cent. mehr, als der Zoll des unter französischer Flagge eingehenden Getreides. Durch Aufhebung der Differenzialzölle würde also die Eingangsteuer auf Getreide um 50 Cent. noch herabgesetzt werden, da nur ein sehr geringer Theil der Getreideimporte unter französischer Flagge erfolgt. Allein die große landwirthschaftl. Enquete, welche demnächst ihre Thätigkeit beginnen wird, wurde gerade durch die unablässigen Klagen des Ackerbauers über den angeblich unzureichenden Schutz, den ihnen die Regierung gegen die Produktion gewährt, hervorgerufen. Ein weiteres Bedenken bestand darin, daß das Prinzip der Gegenseitigkeit noch nicht allgemein eingeführt sei. Wenn also Frankreich alle fremden Fahrzeuge in Bezug auf Abgaben den eigenen gleichstelle, so werde es den Staaten gegenüber im Nachtheil sein, welche, zu Ungunsten der französischen Flagge, die Differenzialzölle beibehielten. Hr. Rouher führte als Hauptgrund zur Beibehaltung der dreijährigen statt der begeherten fünfjährigen Frist bis zur Einführung der Bestimmungen des Art. 5 an, daß die Regierung mehr als hinlänglich Zeit habe, innerhalb der 3 Jahre die Abschaffung aller internationalen Ungleichheiten zu erlangen. Bis dahin werde auch die Enquete die Sachlage hinlänglich aufgeklärt haben, daß die Kammer die Frage über den nationalen Ackerbau gegen die ausländische Produktion zu gewährenden Schutz in kompetenter Weise lösen könne.

In der heutigen Sitzung kam die Versammlung zur Diskussion des § 6, der der Regierung das Recht gibt, den Staaten gegenüber, welche durch Differenzialzölle die französische Handelsmarine benachtheiligen, Gegenmaßregeln in Form außerordentlicher Ueberzölle zu ergreifen. Garnier-Pages bringt die Frage eines zu schaffenden internationalen Secretes abermals in Anregung. Rouher entgegnet, daß man sich im Handelsministerium mit dieser Sache beschäftigt. Nach einer kurzen Diskussion über den Art. 6 selber wird derselbe angenommen. Nun kommt Art. 7 zur Sprache, der die Wohlthat dieses Gesetzes auch auf die Kolonien ausdehnt. Garnier aus Cassagnac verlangt, daß dies erst in 5 Jahren geschehe. Dies Verlangen wird von den Deputirten de la Tour und Swebstier, sowie von de Forcade de la Roquette bekämpft.

#### Spanien.

**Madrid, 19. Apr.** Die „Epoca“ sagt, daß ein Gesetzentwurf bezüglich des Credit foncier und des Reglements in Betreff der Ausführung dieses Projektes dem Ministerath vorgelegt worden ist.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 18. Apr. (S. N.)** Der Artikel im heutigen „Dagblad“, welcher das Aufgeben der Neutralität Dänemarks als möglich in Aussicht stellt, erregt Aufsehen; doch ist die Voraussetzung desselben, daß wichtige Nachrichten aus Paris, vermuthlich durch den Kapitän Bille überbracht, eingetroffen sind, unbegründet. Kapitän Bille ist lediglich in Familienangelegenheiten hier.

**Kopenhagen, 19. Apr.** Baron Otto v. Pleffen ist nach einem längern Urlaub, den derselbe in Baden-Baden zur Herstellung seiner Gesundheit zugebracht hat, hier eingetroffen und geht demnächst nach Petersburg, um Namens des Königs das russische Kaiserpaar zur Feier der silbernen Hochzeit zu beglückwünschen.

#### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 16. Apr., Abends. (Nat.-Ztg.)** Ueber das Attentat, das heute Nachmittag 4 Uhr auf das Leben des Kaisers verübt worden, weiß man bis jetzt Folgendes: Der Kaiser promenierte täglich zwischen 3 und 4 Uhr im Sommergarten, welcher, wie das Palais selbst, an der Nemoa liegt; oft macht der Monarch die Promenade in alleiniger Gesellschaft seiner 13jährigen Tochter; gestern jedoch war er von seinem Bruder, dem Großfürsten Nikolau, und vom Herzog von Leuchtenberg, seinem Neffen, begleitet. Die Promenade war eben beendet, die beiden Gesellschaftler des Kaisers waren vor dem eisernen Thor des Gartens bereits in ihren Wagen gestiegen, der Kaiser wollte eben den seinen besteigen, als der Schuß aus einer Pistole abgefeuert wurde. Ein ehemaliger Leibeigener des Barons Küstner, Namens Kommissarow, hatte das Attentat in dem Augenblick bemerkt, als der Schuß fallen sollte, er schlug auf die Hand des Thäters und rettete so aller Wahrscheinlichkeit nach das Leben des Monarchen, für dessen Erhaltung schon heute Abends Hunderttausende ihre aufrichtigsten Gebete gen Himmel sandten; denn Alexander II. ist geliebt und verehrt, wie es kaum ein Monarch vor ihm war, und Jeder fühlt, daß wir dem Allerungewissensten zu zusteuern würden, wenn dieser Souverän dem Land entrisen würde. Als das Attentat mißglückt war (die Kugel soll hart an der Stirne vorbeigestreift sein), ergriff der Thäter die Flucht und versuchte einige Papiere über die Brücke in den an den Garten stoßenden Kanal zu werfen. Ein Polizeimann verhaftete ihn, während der Herzog von Leuchtenberg die Papiere aufgenommen haben soll. Der Bauer Kommissarow wurde sofort zum Ehrenbürger erhoben. Was den Thäter betrifft, so läßt sein Neuhäuser auf ein den bessern Ständen angehörendes Individuum schließen; das lange Haar gibt zu der Vermuthung Anlaß, es sei ein Student. Mit ihm zugleich wurde noch ein anderes Individuum verhaftet, mit welchem derselbe im Garten mehrmals im Gespräch bemerkt wurde. Das erste Verhör findet heute 10 Uhr Nachts bei der 3. Section der kaiserl. Kanzlei (Geheim-Polizei) statt; es wird wohl schwerlich, bevor dieser Brief morgen früh abgeht, Weiteres bekannt werden.

#### Amerika.

**New-York, 7. Apr.** Das Ergebnis der Senatsabstimmung über die Civil-Rights-Bill wurde sowohl im Hause selbst, wo die Zuschauergalerien gedrängt voll waren und es große Mühe kostete, die Freudenbezeugungen besonders der anwesenden Regier zu mäßigen und wieder Ordnung herzustellen, als auch im Lande, so weit die Kunde davon gelangt war, mit ungemeinem Beifall begrüßt. In Boston und andern Städten des Ostens wurden Salven abgefeuert, die Glocken geläutet, und durch alle möglichen Bezeugungen der Jubel über das Ereigniß kundgegeben. Die Bill ist sofort an das Repräsentantenhaus gesandt worden, wo am 7. April darüber verhandelt wurde. Vorausichtlich wird sie auch hier, und zwar wahrcheinlich mit großer Stimmenmehrheit, angenommen werden.

#### Vermischte Nachrichten.

**Stuttgart, 20. Apr. (W. L. B.)** In einer gestern Abend unter dem Vorsitz des Hrn. Stadtschultheißen Sitz gehaltenen und zahlreich besuchten Volksversammlung wurden folgende vier Resolutionen einstimmig angenommen:

1) Es ist höchste Pflicht des deutschen Volkes und seiner Regierungen, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln dem Ausbruch eines Bruderkrieges entgegenzutreten, welcher den Stammeshaß entzündet und heigert, Deutschland zerreißt, den Einigungszweck wie die innere Freiheit auf lange Zeit hinaus gefährdet, die Volkswohlfahrt vernichtet, und die Einmischung des Auslandes herbeiführen müßte.

2) Das rechtswidrige und selbstthätige Vorgehen der beiden deutschen Großmächte gegen Schleswig-Holstein hat diese unabsehbaren Gefahren herbeigeführt. Von den Großmächten ist es zunächst Preußen, welches durch seine Vergroßerungspolitik den Bundesfrieden bedroht. Die vollendete Unmacht des Bundes hat diesen Verlauf der Dinge nicht abzuwenden vermocht.

3) Der unmittelbare Ausbruch des Krieges mit all seinen schweren Folgen wird vermieden werden, wenn Preußen und Oesterreich zu ihrer Pflicht zurückkehren, wenn sie das Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volkes anerkennen und als Bundesgenossen und deutsche Mächte jeder Selbsthilfe entsagen. Allein die bleibende Sicherung des Friedens ist dadurch bedingt, daß die deutschen Regierungen das an sich, wie durch feierliche und wiederholte Zusagen begründete Recht der Nation auf eine die Freiheit und Einheit Deutschlands verbürgende Verfassung mit einer über den Einzelregierungen stehenden Zentralregierung und Nationalvertretung verwirklichen.

4) Der ernste Wille hiezu hat sich dem jetzigen Konflikt gegenüber durch Berufung eines Parlaments zu betheiligen. Die friedliche Lösung der Aufgabe desselben wird jedoch nur möglich durch Anerkennung und Einräumung der ihm als Gesamtvertretung der Nation gebührenden Rechte. Regierungen und Volkstämme müssen die unumgänglich nöthigen Opfer an die Bundesgewalt bringen.

Wie schon früher bemerkt worden, beruhen diese Kundgebungen des Volkswillens auf einem Kompromiß der drei politischen Parteien, welche hiezu ein eigenes Komitee niedergesetzt und von welchem jede für die Versammlung ihren eigenen Mann gestellt hatte. (Als Redner vertraten dieselben die H. Hölder, Sarwey und Desferren.)

**Wiesbaden, 21. Apr.** Der Antrag des Offizierskorps, den Ab. Siebert aus dem Kasino auszuschließen, weil er sich nicht mit Hauptmann Bogler duellirt, ist durchgefallen.

**Essen, 15. Apr. (Fr. Z.)** Nie ist die Thätigkeit im Krupp'schen Viertel, das man wohl Stadt nennen könnte, so groß gewesen, als in diesem Augenblick, obgleich auch die Gesellschaft in Vorkum begonnen hat, georgene Geschäfte zu liefern.

**Leipzig, 18. Apr. (S. N.)** Die Messe hat eine willkommene Gelegenheit zu einer politischen Versammlung mit Vertretung aller deutschen Stämme gegeben. Nachdem gestern dazu die Einladung von den H. H. Albrecht von Fürth, Benz von Gannstatt, Gerre von Dessau, Hobbitt von Berlin, Kappler von Pforzheim, Oehmig von Merane (Sachsen), Schmitt von Oberstein (Oldenburg), Sträcker von Langenberg (Rheinpreußen), Dr. Joseph und Kaufmann Lorenz von hier, ergangen war, fand dieselbe heute Abend unter Vorsitz des Abw. Winter statt. Die im voraus von den genannten Herren besprochenen Beschlüsse wurden von Hobbitt begründet, worauf die äußerst lebhaften, drei Stunden andauernde Verhandlung folgte und schließlich die vorgeschlagenen Beschlüsse angenommen wurden. Der Inhalt derselben geht auf die Verdamnung des bevorstehenden deutschen Bruderkrieges und darauf hinaus, daß die freisinnige Partei Gesamtdeutschlands dem preussischen Bundesantrage auf Einberufung eines aus allgemeinen direkten Volkswahlen hervorgehenden deutschen Parlaments nicht absolut hindern entgegenzutreten dürfe.

**Hamburg, 20. Apr. (W. L. B.)** Die „Hamburg. Börs.“ erhielt ein Telegramm aus London, wonach in Folge der Zahlungssuspension der „Barnes Banking-Company“ in Liverpool im Waarenmarkt allgemeine Flaubeit herrsche.

**Berlin, 20. Apr.** Die heute Abend versammelten Urawähler und Wahlmänner des vierten Berliner Wahlbezirks nahmen einstimmig die am 17. Apr. von dem ersten Wahlbezirk beschlossene Resolution an.

**Breslau, 19. Apr. (Presse.)** E. S a c h s m a n n suspendirte seine Zahlungen; Passiva 400,000 Thaler.

**Bom Rhein, 20. Apr.** Die allgemeine Versicherungsgesellschaft „Helvetia“ zu St. Gallen, deren Aktienkapital jetzt 5 Millionen und deren Reserfonds nun 1 Mill. Franken beträgt, bezahlte ihren Aktionären für 1865 eine Dividende von 5 1/2 Prog.

#### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

| 20. April     | Barometer. | Thermometer. | Wind. | Himmel.   | Witterung.   |
|---------------|------------|--------------|-------|-----------|--------------|
| Morgens 7 Uhr | 27.847     | 11.0         | E. W. | ganz bew. | trüb, kühl   |
| Mittags 2 „   | 10.00      | +12.5        | „     | „         | „ mild       |
| Nachts 9 „    | 10.53      | 8.5          | „     | stark     | „ Nacht Reg. |

Verantwortlicher Redacteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 22. Apr. 2. Quartal. 48. Abonnementsvorstellung. **Oberon, König der Elfen**; Feenoper in 3 Akten, von K. M. v. Weber.

Dienstag 24. Apr. 2. Quartal. 49. Abonnementsvorstellung. **Sans Lauge**; Schauspiel in 5 Akten, von Paul Heyse.

# Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft „Helvetia“ zu St. Gallen.

Bilanz pro 31. Dezember 1865.

| Activa.   |           | Passiva. |  |                 |     |
|---|-----------|----------|--|-----------------|-----|
|   | Fr.       | Gt.      |  | Fr.             | Gt. |
| Obligationen der Actionäre                            | 1,600,000 | —        | Actien-capital   | 2,000,000       | —   |
| Unser halber Anteil am Gesellschaftsbau               | 88,400    | —        | Gewinn-Reservefonds  | 230,000         | —   |
| A b: darauf haftende Hypothek                         | 51,000    | —        | Schuldige Rückversicherungsprämie                          | 204,225         | 39  |
| Effekten  | 14,000    | —        | Ein Creditor   | 211,098         | 79  |
| Darlehen auf Hypotheken, Hinterlagen und Obligationen | 453,890   | 30       | Zu verrechnende Provisionen, Courtagen und andere Auslagen | 24,624          | 17  |
| Wechsel im Portefeuille                               | 409,187   | 5        | Restige Fr. 245,061. 66 St. vertheilen sich wie folgt:     |                 |     |
| Cassa   | 1,014     | 98       | Antidote des Verwaltungsraths und der Direction            | 33,759. 24 St.  | 6   |
| Ausstände bei Agenten und Versicherten                | 990,544   | 67       | 5 pCt. Zinsen an die Aktionäre                             | 20,000. —       | 89  |
| Diverse Debitoren                                     | 59,477    | 37       | 47 1/2 pCt. Surverbidende a. d. Actionäre                  | 1,615           | 71  |
| Zu verrechnende Zinsen auf die Fondsanlagen           | 11,675    | 30       | Resi   | 1,302. 42       | 66  |
|   | 3,577,129 | 67       |  | 245,061. 66 St. | 67  |
|   |           |          |  | 3,577,129       | 67  |

St. Gallen, den 3. April 1866.

Der Verwaltungsrath:  
C. Bärlocher-Jacob, Präsident.

Der Specialdirector:  
Grosfmann.

Ludwigshafen am Rhein und Mannheim, am 15. April 1866.

Die Generalagentur für das Königreich Bayern und das Großherzogthum Baden:  
E. Lederle.

**3.g.697. Karlsruhe.** Heute früh 7 Uhr verschied nach langem schwerem Leiden und nach Empfang des hl. Sacramentes der letzte Delung unser geliebter Gatte und Vater, der großh. Sekretär Johann Georg Krall, in seinem 57. Lebensjahre.  
Freunden und Bekannten widmen wir diese Anzeige mit Bitte um stille Theilnahme.  
Karlsruhe, den 21. April 1866.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**3.g.699. Karlsruhe.**  
**Die Verloofung**  
der Delgemälde und Handzeichnungen des Vereins badischer Künstler findet nach Maßgabe der darüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften Dienstag den 29. Mai, Nachmittags 2 Uhr, im Hofe des Kunstvereins statt; wovon wir die verehrlichen Loosabnehmer hiermit benachrichtigen und zugleich bemerken, daß ein kleiner Rest von Loosen noch nicht zergriffen ist, und solche à 30 fr. bei Herrn Kaufmann Willh. Hofmann hier, wie an der Kasse des Kunstvereins zu haben sind. Die Verloofung der 24 werthvollsten Gewinne findet in Serien statt, so daß auf je 500 Loose ein Hauptgewinn fallen muß.  
Das Ergebnis der Ziehung wird sowohl in der Karlsruher Zeitung bekannt gemacht, als auch den Verkäufern größerer Loospartien besonders mitgeteilt werden, und richten wir an Letztere die Aufforderung, ihre Abrechnung längstens bis zum 25. Mai einreichen zu wollen, da wir die bis dahin nicht zurückgesandten Loose als verkauft betrachten müssen.  
Karlsruhe, den 16. April 1866.  
Die Geschäftsführung des Vereins bad. Künstler.

**3.g.631. Karlsruhe.**  
**Wänderversteigerung.**  
In der Woche vom 14. bis 19. Mai d. J. werden die über 6 Monate verfallenen Wänder bis **Lit. O. No. 2000**, versteigert. Die Prologation derselben findet noch bis zum 3. Mai d. J. statt.  
Karlsruhe, den 17. April 1866.  
Verwaltungs-Verwaltung.  
E. Weber.

**3.g.572. Rastatt.**  
**Commisgesuch.**  
In ein Spezerei- und Kurzwaaren-Geschäft wird ein angeberner solider Commis gesucht.  
Offerten besiehe man unter K K 12 poste restante Rastatt einzusenden.

**3.g.670. Ein Schreibgehilfe.**  
Ein Schreibgehilfe, mit guten Zeugnissen versehen, der eine schöne Handschrift schreibt, findet gegen gute Bezahlung dauernde Beschäftigung. Eintritt könnte sogleich geschehen. Offerten sub Nr. 1767 an die Expedition dieses Blattes.

**3.g.578. Gesuch.**  
Ein gewandter Küfer, der dazu die Kellerei erlernen will, sucht eine Stelle in einem größeren Gasthause. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

**3.g.696. Rastatt.**  
**Hausverkauf.**  
Ein in einer schönen Lage, an einer Kreuzstraße in hiesiger Stadt gelegenes zweistöckiges Wohnhaus mit schönem Garten, welches sich zu jedem Geschäft, namentlich für Spezereigeschäft, Bäckerei, Metzgerei und dergleichen eignet, wird aus freier Hand unter sehr annehmbaren Bedingungen verkauft oder verpachtet; dasselbe kann sogleich bezogen werden. Das Nähere ist täglich zu erfragen bei Bierbrauer K. Müll.

**3.g.691. Konstanz.**  
**Zu verkaufen oder vermieten.**  
Eine schöne Villa in der Nähe der Stadt und des Sees (an der Schweizergrenze), prächtige Lage mit 2 Salons, 14 Zimmern, möblirt, Parkhaus am Rhein, schönem schattigen Park und Gartenanlagen, Stallung, Wagenremise u. s. w. Für Kaufliebhaber 25 Morgen Wies- und Ackerland dazu. Anmeldung bei J. J. Müller, Expediteur.

**3.g.693. Heidelberg.**  
**Eischränke und Eiskisten**  
in allen Größen, deren anerkanntes vollkommenes System ein sehr großes Ersparnis an Eis ermöglicht, überall aufstellbar sind und alle Arten von Speisen, Flüssigkeiten und dergl. lange Zeit vor dem Verderben schützen und fäulen lassen, empfehlen zur gef. Abnahme  
Friedr. Fischer & Co. in Heidelberg.

**3.g.636. Mannheim.**  
**Ausstellung Pariser Modellhüte.**  
Ich erlaube mir hiermit anzuzeigen, daß die neuesten Pariser Modellhüte in großer Anzahl bei mir eingetroffen und zur beliebigen Ansicht der Damen ausgestellt sind.  
Gleichzeitig empfehle ich mein best assortirtes Lager in  
**Bändern, Crêpes, Tüllen und Spitzen**  
zu sehr billigen Preisen.  
Sermann Netter,  
C. 1 Friedrichstraße (Hofapotheke).

**Die Maschinenfabrik, Kesselschmiede und Brückenbauwerkstätte**  
von  
**Gebrüder Decker & Co. in Cannstatt**  
liefert  
außer Wasserrädern, Turbinen, Tangentialrädern, Dampfmaschinen, Transmissionen, Mühl- und Sägmühl-Einrichtungen, Brauerei-Einrichtungen, Pumpwerken, Pressen u. dergl., Holzzeugmaschinen nach Heinrich Völter's Patent,  
alle Arten von **Dampfkesseln**, Reservoiren, Seifentesseln, Braupfannen, Vorwärmer, Maischbottiche, Weichen, Kühlschiffe, eiserne Kamine, eiserne Brunnenröhre, sowie Blecharbeit jeder Art;  
ferner **Eiserne Brücken**, Drehscheiben, Dächer, Gebälke, Gewächshäuser u. dgl.  
Für gute Konstruktion und Ausführung wird garantiert. Schnelle und gute Bedienung wird zugesichert.  
3.g.604.

**3.g.406. Ein Fünfundsechzigjähriger**  
berichtet über die nach seinen eigenen Erfahrungen bei ihm konstanten Erfolge des so fischen Malz-Extract-Gesundheitsbieres folgendes an des Hellsichters Herrn  
**Johann Hoff's Filiale, Hochstraße Nr. 12 in Köln:**  
I. Seit einem Monat habe ich täglich mit gutem Erfolge von Ihrem Malz-Extract getrunken; es ist dadurch mein Husten sehr gemindert worden. Ich erlaube Sie daher (Bestellung).  
A. Reinold,  
Kreuzstraße bei Langensfeld, den 26. Februar 1866.  
II. (Eingang geschäftlich.) Seit ich binab einem halben Jahre habe ich im Genuß täglich von diesem Malz-Extract getrunken, und zwar mit gutem Erfolge; ich trank zuletzt täglich vier Weingläser. Hauptsächlich wird der Gebrauch der neuen Bestimmung mich gänzlich meiner Krankheit befehlen.  
A. Reinold, Rentner.  
Niederlage in Karlsruhe bei Michael Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3.

**3.g.443. Eine rentable und gut eingerichtete, mit hinlänglicher Wasserkraft versehene Molkereibereitungs- und Oekonomie-Einrichtung** ist wegen Geschäftsveränderung unter annehmbaren Bedingungen billig zu verkaufen.  
Dieses Geschäft wird durch mechanische Einrichtung betrieben, und können hinsichtlich der vortheilhaftesten Einrichtung und guten Wasserkraft noch andere Maschinen angebracht werden, und liegt in einer der besten Lagen im Kreise Baden, wo der Lederverkauf ein detail sehr gut und bezüglich der Einrichtung weniger Konkurrenz zu befürchten ist. Auch eignet sich dieses Geschäft zu einer Fabrik.  
Nähere Auskunft ertheilt hierüber die Expedition dieses Blattes.

**3.g.687. Durlach.**  
**Kindsfarren-Verkauf.**  
Die Stadtgemeinde Durlach läßt  
Montag den 23. April d. J.,  
Vormittags 10 Uhr,  
im hiesigen Farrenstall einen fetten Kindsfarren öffentlich versteigern.  
Durlach, den 16. April 1866.  
Gemeinderath,  
Knaus.

**3.g.701. Gernsbach.**  
**Weinversteigerung.**  
Unterzeichnete läßt aus seinen  
Patentkellern **Dienstag den 1. Mai, Vormittags 9 1/2 Uhr,**  
folgende Weine öffentlich gegen Baarzahlung beim Bezug versteigern:  
aus dem Keller des Hofbesitzer Kieffer'schen Keller  
9 Fässer, enthaltend: 113 Ohm 1863r Rebländer;  
aus dem Rathhauskeller:  
5 Fässer, enthaltend: 125 Ohm 1863r desgleichen;  
aus dem Diakonatskeller:  
3 Fässer, enthaltend: 27 Ohm 1863r desgleichen;  
aus dem eigenen Keller:  
11 Fässer, enthaltend: 193 Ohm 1863r desgl.;  
2 do. do. 55 Ohm 1859r und  
1861r Neuweyerer;  
1 Faß do. 40 Ohm 1863r Neuweyerer Burgwein;  
wozu die Liebhaber eingeladen werden. Die Weine

können auch einige Tage vorher am Fasse versucht werden.  
Gernsbach, den 20. April 1866.  
F. A. Schickardt.

**3.g.680. Freiburg.**  
**Vergebung von Bauarbeiten.**  
Für den Bau einer Anatomie dahier sollen auf dem Wege der Submission in Afford gegeben werden:  
Die Mauerarbeit, ange schlagen zu 21,412 fl.  
Steinbauarbeit, 8,954 fl.  
Zimmermannsarbeit, 6,475 fl.  
Die Liebhaberschlüssen werden eingeladen, ihre schriftlichen und mit gebühriger Bezeichnung auf der Adresse versehenen Angebote versegelt unterzeichnete Stelle, bei welcher die Bauart und Lieberschlüsse nebst den Bedingungen zur Einsicht aufgelegt sind, bis zum 30. d. M. zuzustellen.  
Freiburg, den 20. April 1866.  
Großh. Universitäts-Administration.  
Gautsien.

**3.g.639. Landshausen.**  
**Stammholzversteigerung.**  
Die Gemeinde Landshausen, großh. Bezirksamt Espingen, läßt aus ihren Gemeindefällungen am  
Freitag den 4. Mai d. J.  
folgende zu Boden gefällte Stämme, als:  
1) 59 Stämme Eichen (Holländer I. Klasse) mit 4406 Kubikfuß;  
2) 98 Stämme Eichen (Holländer II. Klasse) mit 5111 Kubikfuß;  
3) 22 Stämme Eichen, welche sich zu Bau- und Nutzholz eignen;  
4) 1 Fichtenstamm mit 119 Kubikfuß  
und  
5) 176 Stück eigene Kiefer, wovon sich viele zu Wehger, Schind- oder Wagnereisen eignen, gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigern.  
Die Zusammenkunft findet an obigem Tage Morgens 9 Uhr im hiesigen Gemeindefall am Fußpfad von hier nach Wenzingen statt.  
Landshausen, den 16. April 1866.  
Bürgermeisteramt.  
Ghmann.  
Reidinger, Rathschreiber.

**3.g.700. Nr. 256. Staufen.** (Holzversteigerung.) Aus den auf Kirchhofer Gemarkung gelegenen Domänenwäldungen versteigern wir mit Vorfrist bis 1. November d. J.  
Montag den 30. April d. J.  
im Dist. I. 3 Griesbach: 11 Stämme Buchen, 4 tannene Eichen und 49 Stück tannenes Buchholz, zu Landbauholz besonders geeignet; 1/2 Kistr. eigene Stochpfalter, 113/4 Kistr. Buchenes und 101 Kistr. tannenes Scheit- und Stochholz; 20 1/2 Kistr. Buchenes und tannenes Prügelholz; 2025 Stück Buchenes und tannene Wollen und 6 Loose Abfallreis.  
Man veranlaßt sich Morgens 9 Uhr beim Holzplatz in Griesbach.  
Staufen, den 20. April 1866.  
Großh. bad. Bezirksforstrei.  
Meil.

**3.g.684. Nr. 3966. Staufen.** (Schuldenliquidation.) Ludwig Schenker, Bürger und Landwirth von Kirchhofen, beabsichtigt, mit seiner Ehefrau, Maria, geb. Widert, und seinen Kindern Emma, Theodor Otto Emil und Eduard Schenker eine Reise nach Nordamerika zu unternehmen. Wir haben daher Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf  
Mittwoch den 2. Mai d. J.,  
Vorm. 9 Uhr,  
in der hiesigen Amtskanzlei anberufen, und werden die etwaigen Gläubiger der Genannten aufgefordert, ihre Ansprüche an diese spätestens in der Tagfahrt anzumelden, widrigenfalls der Reisepaß verabsolgt werden würde.  
Staufen, den 18. April 1866.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
Sippmann.

**3.f.743. Nr. 4431. Ladenburg.** (Bekanntmachung.) In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Handelsgesellschaft Sel. Koos und Sohn von Schriesheim, Forderung und Vorzug betr.  
Nur die Handelsgesellschaft Sel. Koos und Sohn in Schriesheim und das Privatvermögen der Theilhaber Sel. Koos und Wolf Koos von da haben wir Kant erkannt. Den Schuldnern der Gesellschaft, sowie den Gesellschaftstheilhabern wird aufgegeben, bei Vermeidung doppelter Zahlung an keine andere Personen als den Rassepfleger, Gemeindevorsteher, Mich. Müller in Schriesheim, Zahlung zu leisten.  
Ladenburg, den 19. April 1866.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Erleben.  
(Mit einer Beilage.)